

STROMPREISE

Krach mit Brüssel

Auf die deutschen Stromkunden kommen wegen neuer Brüsseler CO₂-Vorgaben milliardenschwere Belastungen zu. Das geht aus einem internen Papier des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) hervor. Brüssel reicht die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel geplante Senkung des CO₂-Ausstoßes deutscher Kraftwerke nicht. Gabriel hatte den Ausstoß auf 465 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr limitieren wollen – deutlich weniger, als das BMWi für vertretbar hielt. Die EU-Kommission will die erlaubte Abgasmenge sogar noch einmal um rund zwölf Millionen Tonnen kürzen. Dabei würde der Strom nach Berechnungen des BMWi schon durch Gabriels Angebot um rund zwei Cent pro Kilowattstunde oder gut zehn Prozent teurer. Auf die gesamte deutsche Wirtschaft kämen Mehrbelastungen von rund zehn Milliarden Euro pro Jahr zu. Gegen die Brüsseler Forderung laufen die deutschen Stromkonzerne Sturm. Wie der Chef der RAG-Stromtochter Steag, Alfred Tacke, drohen sie der Bundesregierung in geharnischten Schreiben mit milliardenschweren Investitionsverlagerungen nach „Asien und Lateinamerika“. Die übrige deutsche Wirtschaft hat sich dem Protest der sonst eher ungeliebten Stromkonzerne angeschlossen. Am vergangenen



RAINER WEISFLOG

Braunkohlekraftwerk in Neurath

Freitag geriet Bundeskanzlerin Angela Merkel deshalb am Rande des EU-Gipfels heftig mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso aneinander. Die Vorgaben aus Brüssel, so Merkel, seien nicht akzeptabel. Deutschland werde sich an die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz halten, lehne aber eine „einseitige Übererfüllung“ ab: Das komme „auf keinen Fall in Betracht“.

BANKENAUF SICHT

Vorstand statt Präsident?

Die von einem Korruptionsskandal gebeutelte Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird künftig möglicherweise von einem Vorstand geleitet – statt wie bisher von einem Präsidenten. Entsprechende Überlegungen gibt es im Verwaltungsrat der Behörde wie auch im Bundesfinanzministerium. Hintergrund ist zum einen eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW), in der die Arbeit der Bundesbank in der Bankenaufsicht von 800 Kreditinstituten durchweg besser bewertet wird als die der BaFin. Zugleich aber muss im kommenden Jahr ohnehin die Stelle des Ersten Direktors der Bankenaufsicht neu besetzt werden. Helmut Bauer, der dieses Amt derzeit ausübt, hat sich nach Angaben von BaFin-Mitarbeitern mit dem Präsidenten Jochen Sanio überworfen und verlässt die Behörde in der ersten Hälfte des kommenden Jahres.

Sanio

Zudem geht der Erste Direktor für die Wertpapieraufsicht, Georg Michael Dreyling, in den Ruhestand. „Deshalb ist 2007 der geeignete Zeitpunkt für eine Umstrukturierung – wenn man sie denn will“, sagt ein Verwaltungsrat. Auch die Bundesbank unterstützt eine kollektive Führung der BaFin. Sie will einen Vertreter in das Leitungsgremium der BaFin entsenden.



HANS GÜNTHER OED / ACTION PRESS

SOFTWARE

Plattner geht stiftend

SAP-Mitbegründer Hasso Plattner verstärkt sein Engagement in der Wissenschaftsförderung. An dem von ihm mit insgesamt gut 200 Millionen Euro finanzierten HPI-Institut an der Universität Potsdam, wo am Montag dieser Woche der erste nationale IT-Gipfel unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel stattfindet, wird ein weiterer Studiengang installiert. In der unter dem Stichwort „Design Thinking“ geplanten Ausbildung sollen von 2007 an jährlich etwa 40 Master-Studenten verschiedener Fachrichtungen lernen, wie man Software entwickelt, die auch von Laien ohne Probleme bedient werden kann. „Die Programmierer entwickeln heute noch allzu oft am Bedarf der Kundenschaft vorbei, auf die Benutzerfreundlichkeit wird zu wenig Wert gelegt“, begründet Plattner die interdisziplinäre Zusatzausbildung, die bislang nur an der von ihm gesponserten US-Elite-Universität Stanford angeboten wird. An Geld mangelt es dem Stifter nicht: Erst Ende November hatte Plattner SAP-Aktien im Wert von 210 Millionen Euro verkauft.



Plattner (l.) in Potsdam

SOEREN STACHE / PICTURE ALLIANCE / DPA